



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

AUSGABE... , 06.05.2024

Liberal Insights International

Asia Edition

**GELDGEBER,
HANDELSPARTNER,
RIVALE:**

**WIE SÜDASIEN AUF
CHINA Blickt**

ANALYSE ZU AFGHANISTAN, BANGLADESCH, BHUTAN,
INDIEN, MALEDIVEN, NEPAL, PAKISTAN, SRI LANKA.

DR. CARSTEN KLEIN

Imprint

Publisher

Friedrich Naumann Foundation for Freedom
Regional Office South Asia
6, USO House, USO Road
Special Institutional Area
New Delhi 110067
India

www.freiheit.org/south-asia

Author

Dr. Carsten Klein, Frank Hoffmann and Dr. Bipin Ghimire

Editors

Frank Hoffmann, Friedrich Naumann Foundation for Freedom, South Asia

Contact

Phone: +91 (11) 41688149/50

Email: southasia@freiheit.org

Date

Mai 2024

Notes on using this publication

This publication is an information offer of the Friedrich Naumann Foundation for Freedom. It is available free of charge and not intended for sale. It may not be used by parties or election workers for the purpose of election advertising during election campaigns (federal, state or local government elections, or European Parliament elections).

Zusammenfassung:

China ist der wichtigste Handelspartner Südasiens und investiert Milliardensummen in der Region – insbesondere im Rahmen seiner Infrastrukturinitiative "Belt and Road". Damit unterstützt die Volksrepublik die wirtschaftliche Entwicklung der südasiatischen Schwellenländer. Dennoch wachsen bei mehreren Teilnehmerstaaten die Bedenken mit Blick auf die Verschuldung bei China, die mit den Projekten einhergeht. Gleichzeitig baut China nicht nur seinen wirtschaftlichen, sondern auch seinen militärischen Einfluss in Südasiens aus – mit Militärpartnerschaften und Rüstungskooperationen. Damit verschieben sich auch Südasiens außenpolitische Schwerpunkte: Während besonders Indien Chinas wachsendes Engagement mit Sorge sieht und sich deshalb näher den USA zuwendet, rücken Länder wie Pakistan und die Malediven näher an China heran. Gemeinsam haben Südasiens Regierungen jedoch, dass sie großen Wert auf eine eigenständige Außenpolitik legen – und sich weder von China noch von den USA vereinnahmen lassen wollen.

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--|----|
| Wie China seinen wirtschaftlichen Einfluss in Südasien ausbaut | 5 |
| Chinas Militär zeigt angesichts steigender Spannungen verstärkte Präsenz | 8 |
| Außenpolitischer Balanceakt im Wettstreit der Großmächte | 10 |
| Weiterführende Links | 15 |
| Über den Autor | 16 |
| Über die Region | 16 |
| Impressum | 16 |

Im Ringen um Einfluss im Süden Asiens markiert eine Zeremonie in der Großen Halle des Volkes in Peking Anfang des Jahres einen besonderen Erfolg für China. Zu Gast ist Mohamed Muizzu, der neue Präsident der Malediven – ein Inselstaat, der in der Vergangenheit besonders eng mit Chinas Rivale Indien kooperierte. Indiens erheblichen Einfluss in seinem Land lehnt Muizzu jedoch ab – und gewann die Wahl mit einer "India Out"-Kampagne. Stattdessen verspricht er sich Vorteile von einer engeren Anbindung an China.

Bei dem Staatsbesuch in Peking ist der Empfang entsprechend herzlich: Chinas Präsident Xi Jinping nennt Muizzu bei der Veranstaltung einen "alten Freund" und beschließt mit seinem Amtskollegen eine neue "umfassende strategische Kooperationspartnerschaft". Die Regierung der Malediven verspricht sich davon mehr chinesische Unterstützung für die angeschlagene Wirtschaft des Landes. China kann sich wiederum erhoffen, in einem Land in strategisch wichtiger Lage im Indischen Ozean mehr Gewicht zu bekommen.

Die Vereinbarung der beiden Länder ist das jüngste Beispiel von Chinas verstärktem Engagement in Südasien – einer Gegend inmitten des Indo-Pazifiks und in Zentrum von Seehandelsrouten, die für die Weltwirtschaft von enormer Bedeutung sind. China investierte in den vergangenen Jahren Milliardensummen in die Infrastruktur der Region, die sich von Afghanistan im Westen bis Bangladesch im Osten erstreckt und insgesamt rund zwei Milliarden Einwohner hat. Gleichzeitig versucht die Regierung in Peking, dort ihre militärische Präsenz zu stärken – auch mit Blick auf die zunehmende Rivalität mit den USA. Eine klare Festlegung im Wettstreit der Großmächte wollen Südasien Staaten jedoch vermeiden – und stehen damit vor einem schwierigen Balanceakt, in einem wirtschaftlich und geopolitisch zunehmend komplexen Umfeld.

1. Wie China seinen wirtschaftlichen Einfluss in Südasien ausbaut

Für die Schwellenländer Südasien ist Chinas ökonomischer Aufstieg ein Wirtschaftswunder mit Vorbildcharakter. Binnen weniger Jahrzehnte hat sich ihr nördlicher Nachbar von einer Agrargesellschaft zur zweitgrößten Volkswirtschaft gewandelt – und ist damit zu einem wichtigen Akteur auf der internationalen Bühne geworden. Die marktwirtschaftlichen Reformen im späten 20. Jahrhundert unter der Führung von Deng Xiaoping ermöglichten dem Land ein rasantes Wirtschaftswachstum: Über drei Jahrzehnte hinweg vergrößerte sich Chinas Bruttoinlandsprodukt jährlich um durchschnittlich fast zehn Prozent. Hunderte von Millionen Menschen wurden so aus der Armut befreit. Landesweit verbesserte sich der Lebensstandard der Bürger massiv.

Gleichzeitig gewann China immense Bedeutung für die Weltwirtschaft, was auch in seiner unmittelbaren Nachbarschaft deutlich wird. Für die Länder Südasien ist China zum wichtigsten Handelspartner aufgestiegen. Das Handelsvolumen legte nach Angaben chinesischer Staatsmedien seit 2013 im Durchschnitt um jährlich mehr als acht Prozent zu – von damals weniger als 100 Milliarden Dollar im Jahr auf knapp 200 Milliarden Dollar im Jahr 2022.

Die Bewertungen der Wirtschaftsbeziehungen zu China fallen in der Region, die rund zwei Milliarden Einwohner umfasst, unterschiedlich aus. Während insbesondere Indien den großen ökonomischen Einfluss der Volksrepublik als Risiko sieht und sich von Importen aus dem Land unabhängiger machen möchte, sahen die meisten anderen Staaten in Südasien die wirtschaftliche Kooperation mit China in den vergangenen Jahren lange vor allem als Chance. Dahinter steht die Hoffnung auf einen Wachstumsschub durch chinesische Investitionen. Probleme mit zunehmenden Schulden bei chinesischen Finanzinstitutionen sorgten zuletzt aber auch für Ernüchterung.

Im Zentrum der zunehmenden ökonomischen Verflechtung zwischen China und Südasien stand in den vergangenen Jahren die chinesische Infrastrukturinitiative "Belt and Road" (BRI), an der Pakistan, Nepal, Sri Lanka, Bangladesch, Afghanistan und die Malediven teilnehmen – also alle Länder der Region mit Ausnahme Indiens und Bhutans. Das Königreich unterhält keine formellen diplomatischen Beziehungen mit China, verspricht sich durch vertieften Handel mit China jedoch Wohlstandsgewinne.

Mit den BRI-Mitgliedern feierte China im vergangenen Jahr das zehnjährige Bestehen des Konnektivitätsprojekts, das auch Seidenstraßeninitiative genannt wird, und das Ziel hat, Chinas zentrale Rolle im Welthandel zu festigen. Das weltweite Gesamtvolumen von Chinas BRI-Ausgaben wird auf rund eine Billion US-Dollar geschätzt, die unter anderem in Form von Krediten an die Empfängerländer fließen. Mit dem ehrgeizigen Projekt ist China bisher konkurrenzlos. Zwar verfolgt etwa die Europäische Union mit ihrer Global-Gateway-Initiative ähnliche Ziele – erreicht aber bei weitem noch nicht die Dimensionen von Chinas Engagement.

Besonders ambitioniert sind Chinas BRI-Vorhaben in der Region in Pakistan – im Rahmen des Chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors (CPEC), den Chinas Präsident Xi im Jahr 2015 startete. Dieser besteht aus einer Vielzahl von Projekten in den Bereichen Schiene und Straße, Energie, Stromerzeugung, Sonderwirtschaftszonen und Glasfaseranbindung, bei denen insgesamt mehr als 60 Milliarden Dollar investiert werden sollen. CPEC gehört damit zu den weitreichendsten Plänen der Seidenstraßeninitiative. Fertiggestellt wurden bereits mehrere Autobahnen und Kraftwerke, die dazu beigetragen haben, die lange Zeit mangelhafte Energieversorgung in Pakistan erheblich zu verbessern.

Andere Projektteile von CPEC kämpfen jedoch mit Schwierigkeiten: Bei dem Start für das geplante Eisenbahnprojekts ML-1, in dessen Rahmen der Schienenverkehr zwischen der Stadt Peschawar in Pakistans Nordwesten und der südlichen Hafenmetropole Karatschi modernisiert werden soll, kam es zu jahrelangen Verzögerungen, die mit der Angst vor unerwarteten Kosten in Milliardenhöhe verbunden waren. Ende vergangenen Jahres verkündeten China und Pakistan einen Plan, der nun die Umsetzung des Vorhabens sicherstellen soll.

Auch in Bangladesch beteiligte sich China am Ausbau der Energie- und Transportinfrastruktur – unter anderem beim Bau der Padma-Brücke, einer sechs Kilometer langen Brücke über den Ganges, die rund 80 Millionen Anrainer an den beiden Flussseiten miteinander verbindet. Auf den Malediven wurden ebenfalls mehrere Infrastrukturprojekte mit chinesischer Unterstützung abgeschlossen, darunter die China-Malediven-Freundschaftsbrücke, Neubausiedlungen und die Erweiterung des internationalen Flughafens Velana. Diese Hilfe hat zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen in dem Land geführt – gleichzeitig rückte in den vergangenen Jahren die Tragfähigkeit der Schuldenlast in den Fokus. Insgesamt haben die Malediven mindestens 1,3 Milliarden Dollar an Krediten in China aufgenommen[1]. Das entspricht rund einem Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung.

Besonders stark macht sich die Verschuldung bei China in Sri Lanka bemerkbar. Im Jahr 2017 musste das Land die Kontrolle über den Hafen Hambantota für die Dauer von 99 Jahren an ein chinesisches Unternehmen abgeben, nachdem es die Schulden für das Bauprojekt nicht mehr bedienen konnte. Der Fall wurde zum bekanntesten Beispiel des Verdachts, China stelle seine Nachbarn absichtlich vor eine Schuldenfalle – mit dem Ziel, Staaten finanziell zu überfordern und anschließend strategisch wichtige Infrastruktur unter die eigene Kontrolle zu bringen. Die Regierung in Peking streitet ein solches Vorgehen ab. Als Gläubiger ist Chinas Einfluss jedoch groß: Von keinem anderen Land hat Sri Lanka so viele Kredite bekommen wie von China. Eine im vergangenen Jahr erzielte Einigung mit der Regierung in Peking über eine Umstrukturierung des Schuldenbergs galt als Grundlage für Sri Lankas Versuch, sich aus seiner Finanzkrise der vergangenen Jahre zu lösen.

Die Debatte um Probleme mit den chinesischen Krediten hat die Seidenstraßeninitiative in Teilen der Region ausgebremst. Nepal trat dem Projekt 2017 bei, doch die Umsetzung konkreter Vorhaben kommt seither nicht voran. Meinungsunterschiede gibt es unter anderem mit Blick auf die Finanzierung. Anstatt von Krediten drängte Nepals Führung auf Zuschüsse aus China, die nicht zurückgezahlt werden müssten. Darlehen könne man sich nicht leisten, argumentierte die Regierung in Kathmandu. Nepal möchte es zudem vermeiden, in der Rivalität zwischen China und Indien zu stark auf eine Seite gezogen zu werden. Auch Indien ist für das Land ein zentraler Wirtschafts- und Entwicklungspartner.

Indien zeigt sich mit Blick auf die strategischen Auswirkungen der chinesischen Investitionen in seiner Nachbarschaft besorgt und lehnt auch eine eigene BRI-Teilnahme vehement ab. Aufgrund der Sorge vor Chinas wirtschaftlichen Einfluss entschied sich die Regierung in Neu-Delhi auch, an der regionalen Freihandelszone RCEP nicht teilzunehmen. Sie befürchtete, dass diese zu einseitig zum Nutzen Chinas sei. China ist Indiens größter Handelspartner, exportiert aber deutlich mehr Güter in das Land, als es selbst aus Indien importiert. Indiens Handelsdefizit mit China stieg in den vergangenen Jahren stark an und lag 2022 erstmals bei mehr als 100 Milliarden Dollar.

Die Regierung in Neu-Delhi sieht das Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen als einen Nachteil für die indische Wirtschaft und versucht, die Abhängigkeit der indischen Industrie von chinesischen Vorprodukten zu reduzieren – unter anderem durch die Einführung von Importbeschränkungen.

Beschränkungen gibt es auch für Technologiefirmen aus China: Im Jahr 2020 verbot Indien eine Reihe chinesischer Apps wie TikTok und WeChat mit der Begründung, dass diese "die Souveränität und Integrität Indiens" beeinträchtigen. Chinesische Unternehmen waren zudem auch nicht am Ausbau der 5G-Telekommunikationsinfrastruktur in Indien beteiligt. Investitionsvorhaben chinesischer Unternehmen in Indien sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der indischen Behörden möglich – viele Anträge werden abgelehnt. Gleichzeitig hofft die Regierung in Neu-Delhi, dass Indien zum Profiteur wachsender Spannungen zwischen China und dem Westen werden kann – und amerikanische und europäische Unternehmen ihre Produktionsstandorte verstärkt von China nach Indien verlegen.

2. Chinas Militär zeigt angesichts steigender Spannungen verstärkte Präsenz

China hat im Laufe der vergangenen Jahrzehnte seine militärische Macht stark ausgebaut. Die Militärausgaben des Landes haben sich nach Daten der Weltbank von 27 Milliarden US-Dollar im Jahr 2001 auf 291 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 mehr als verzehnfacht. Die US-Regierung erwartet, dass die Flotte der chinesischen Marine bis 2025 auf mehr als 400 Schiffe anwachsen wird – von 340 im Jahr 2022.

Strategisch im Vordergrund stehen dabei für die Regierung in Peking der künftige Status der Insel Taiwan, die China als sein Staatsgebiet beansprucht, sowie ungelöste Gebietsstreitigkeiten im Südchinesischen Meer, die Sicherheit der Durchfahrt durch die Straße von Malakka und der Schutz der Energie- und Versorgungsketten des Landes. Um den Fluss der Energieressourcen aus dem Persischen Golf und Handelsrouten zu sichern, hat China eine umfangreiche Marinepräsenz im Indischen Ozean aufgebaut, in dessen Zentrum Südasien liegt.

Seinen ersten und bisher einzigen offiziellen Militärstützpunkt im Ausland errichtete China 2017 im ostafrikanischen Staat Dschibuti, der an den mit dem Indischen Ozean verbundenen Golf von Aden grenzt. Sicherheitsanalysten vermuten jedoch, dass China auch mit seinen Hafeninvestitionen in Südasien militärische Interessen verfolgt. Dies stößt insbesondere in Indien auf Besorgnis, das sich von den chinesischen Engagements eingekreist fühlt. Zu den Projekten, die mit China in Verbindung stehen, gehören unter anderem der Hafen von Kyaukpyu in Myanmar, der Gwadar-Hafen in Pakistan sowie der Hambantota-Hafen in Sri Lanka. Auch Bangladesch zeigte Interesse, einen Tiefseehafen mit chinesischer Unterstützung zu errichten. Indiens sicherheitspolitisch begründeter Widerstand brachte die Regierung in Dhaka allerdings davon ab.

|

Die neue China-freundliche Regierung auf den Malediven hat hingegen keine Scheu, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit China zu intensivieren: Im März schloss das Land einen Militärpakt mit der Regierung in Peking ab, der dem Land Chinas "militärische Unterstützung" garantieren soll. Details über die künftige Rolle des chinesischen Militärs in dem Inselstaat wurden bisher nicht bekannt. Chinas Außenministerium teilte lediglich mit, man wolle mit den Malediven "eine umfassende strategische Kooperationspartnerschaft aufbauen".

Einher geht damit eine deutliche Distanzierung der Malediven vom langjährigen Partner Indien: Anfang des Jahres forderte sie Indien zum kompletten Abzug seines Militärpersonals in dem Land auf. Offenbar als Reaktion nahm Indien im März eine neue Militärbasis auf Minicoy, einer seiner südlichsten Inseln, unweit der Malediven in Betrieb. Zudem schloss Indien mit Mauritius eine Vereinbarung ab, um auf einer Insel des Landes einen Landeplatz und einen Schiffsanleger zu betreiben, die von Indiens Militär zur Überwachung der Region genutzt werden können. Indien versucht sich mit seinem militärischen Engagement in der Region auch gegen eine mögliche Blockade durch chinesische Kriegsschiffe abzusichern, die das Land im Konfliktfall befürchtet.

Sowohl für China als auch für Indien sind die Seehandelswege in der Region von enormer Bedeutung. Nach Angaben der US-Regierung durchqueren rund 80 Prozent des weltweit auf dem Seeweg gehandelten Rohöls die Gewässer rund um den indischen Subkontinent.

Militärische Spannungen zwischen den beiden Ländern hatten zuletzt auch an der seit Jahrzehnten umstrittenen Grenze im Himalaja zugenommen. Im Galwan-Tal, westlich von Tibet, kam es im Jahr 2020 zu tödlichen Zusammenstößen zwischen chinesischen und indischen Soldaten. 2022 wurden mehrere Soldaten beider Länder bei einer Konfrontation in Tawang in Arunachal Pradesh zum Teil schwer verletzt.

Militärisch ist China Indien sowohl mit Blick auf das Budget der Streitkräfte als auch bei der Truppenstärke klar überlegen. Indien stärkte in den vergangenen Jahren jedoch seine Sicherheitszusammenarbeit mit anderen Staaten – unter anderem als Teil des Sicherheitszusammenschlusses Quadrilateral Security Dialogue (Quad) gemeinsam mit den USA, Japan und Australien. Die deutsche Luftwaffe plant in diesem Jahr nach Angaben der Bundeswehr, erstmals an einer Militärübung in Indien teilzunehmen.

Andere Staaten in der Region sehen das angespannte Verhältnis zwischen China und Indien ebenso wie die zunehmende Rivalität zwischen China und den USA als große Herausforderung für die Wahrung ihrer eigenen Interessen. Befürchtet werden ein Rüstungswettlauf und bewaffnete Konflikte, die die Stabilität der Region untergraben und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung ausbremsen könnten. Besonders Bangladesch, Sri Lanka und Nepal versuchen, sich als neutrale Kräfte zu positionieren.

Pakistan teilt mit China strategische Interessen mit Blick auf Indien – auch die Regierung in Islamabad streitet mit Neu-Delhi über ungelöste Grenzkonflikte. Die Folge ist eine weitreichende Rüstungszusammenarbeit mit China. Für Pakistan ist China der wichtigste Waffenlieferant. Die Rüstungsindustrien der beiden Länder haben in der Vergangenheit auch gemeinsam an Projekten gearbeitet – unter anderem an dem Kampfflugzeug JF-17 und dem Kampfpanzer Al-Khalid. Auch für Bangladesch ist China der wichtigste Rüstungslieferant: Nach Daten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri erhielt das Land knapp drei Viertel seiner gesamten Rüstungsimporte zwischen 2018 und 2022 aus China. Seit 2010 nahm Bangladeschs Militär unter anderem 44 Panzer und 16 Kampfflugzeuge aus China in Betrieb.

3. Außenpolitischer Balanceakt im Wettstreit der Großmächte

Die außenpolitischen Beziehungen Südasiens mit China sind geprägt von zunehmenden geopolitischen Spannungen und der wachsenden Rivalität Chinas mit den USA. Angesichts des Ringens der Großmächte um Einfluss bemühen sich die Länder der Region, eine eigenständige Außenpolitik zu erhalten und vermeiden, sich offen auf eine der beiden Seiten zu schlagen. Dennoch führt die Veränderung der Kräfteverhältnisse auch zu einer Neuausrichtung der internationalen Beziehungen.

Indien, das sich in der Außenpolitik traditionell als blockfrei versteht, hat in der Amtszeit von Premierminister Narendra Modi angesichts der zunehmenden Skepsis vor China insbesondere die Bündnisse und Partnerschaften mit den USA, Japan und Australien gestärkt. Wie eng die Beziehungen inzwischen sind, zeigte die USA-Reise von Modi im vergangenen Jahr. Das Land empfing ihn mit den nach diplomatischem Protokoll höchstmöglichen Ehrungen eines ausländischen Staatsgastes: Modi erhielt einen offiziellen Staatsempfang mit Bankett im Weißen Haus und durfte eine Rede vor dem US-Kongress halten. Derart hofiert werden normalerweise nur enge Verbündete der USA.

Während Indien den Beitritt zu einem offiziellen Bündnis zwar ausschließt, sind die Folgen der vertieften Kooperation unübersehbar. Neben gemeinsamen Militärübungen und sicherheitspolitischen Beratungen im Rahmen des Quad-Zusammenschlusses vereinbarten die beiden Staaten auch bilateral eine Vertiefung der Rüstungskoooperation. Teil davon sind Technologietransfers: Im vergangenen Jahr genehmigte die US-Regierung ein Vorhaben, wonach Kampfjettriebwerke des US-Herstellers General Electric künftig in Indien gemeinsam mit einem lokalen Partner produziert werden sollen.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin begründete die engere Zusammenarbeit mit Indien mit der "Einschüchterung und Nötigung durch die Volksrepublik China", welche eine stärkere Kooperation zwischen demokratischen Staaten erfordere. US-Präsident Joe Biden schrieb vergangenes Jahr auf der Plattform X: "Die Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Indien ist eine der bedeutendsten der Welt. Und sie ist stärker, enger und dynamischer als je zuvor."

Pakistans internationale Beziehungen verschieben sich unterdessen in die entgegengesetzte Richtung. Das Land hatte sich in der Zeit des Kalten Kriegs auf Seiten des Westens positioniert und wird seit 2002 von den USA als "wichtiger Verbündeter außerhalb der NATO" geführt. Doch die Beziehungen der beiden Länder verschlechterten sich in den vergangenen Jahren deutlich – insbesondere nach dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan. Die anschließende Machtübernahme der Taliban kommentierte der damalige Regierungschef Imran Khan mit den Worten, Afghanistan habe "die Ketten der Sklaverei gesprengt". 2022 bezeichnete US-Präsident Joe Biden Pakistan als "eine der gefährlichsten Nationen der Welt".

Eine Einladung der USA an Pakistan zur Teilnahme an dem "Summit for Democracy" lehnte das Land im vergangenen Jahr ab – Beobachtern zufolge aus Protest gegen den Ausschluss Chinas von der Veranstaltung. An dem kurz zuvor in Peking abgehaltenen "International Forum on Democracy" nahm die Regierung in Islamabad hingegen teil. Trotz der zunehmenden Nähe zu China will das Land aber weiterhin eine Balance in seinen internationalen Beziehungen aufrechterhalten. Der aktuelle Regierungschef Shehbaz Sharif sagte im März zu Beginn seiner aktuellen Amtszeit, sein Land werde sich keiner Großmacht anschließen. Pakistan ist auf die Unterstützung der USA unter anderem bei der Vergabe von Hilfspaketen des Internationalen Währungsfonds angewiesen.

Auch Indien geht trotz seiner diplomatischen Neuausrichtung nicht komplett auf Distanz zu China. Ungeachtet der Spannungen mit Blick auf den Grenzkonflikt und der Sorgen vor Chinas wachsendem Einfluss im Indopazifik kooperieren die beiden Länder unter anderem im Rahmen im Rahmen des Staatenzusammenschlusses BRICS und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO). Im Zentrum stehen dabei gemeinsame Interessen der beiden Länder mit Blick auf die Neugestaltung der Weltordnung. Sowohl China als auch Indien teilen die Ansicht, dass internationale Organisationen zu sehr vom Westen dominiert sind und wünschen sich stärkere Mitspracherechte für die Schwellen- und Entwicklungsländer des Globalen Südens.

Indien stimmte dabei im vergangenen Jahr Chinas Wunsch zu, die BRICS-Gruppe, die neben Indien und China auch Brasilien, Russland und Südafrika umfasst, um sechs weitere Mitglieder zu erweitern – im Versuch, der Organisation stärkeres internationales Gewicht zu geben. Indien stemmt sich Beobachtern zufolge aber dagegen, die BRICS als anti-westlichen Block zu positionieren. Unterdessen gibt es auch in anderen Staaten der Region Interesse, innerhalb der BRICS stärker mit China zusammenzuarbeiten: Sowohl Pakistan als auch Bangladesch haben sich um eine Mitgliedschaft beworben.

Auf Interesse in der Region stößt auch die von Chinas Präsident Xi Jinping 2021 ins Leben gerufene Global Development Initiative, die den Ländern des Globalen Südens bei der Armutsbekämpfung und Nahrungsmittelsicherheit helfen soll. Länder wie Sri Lanka zeigten sich erfreut über die Initiative, mit der China ein Gegenmodell zu westlich finanzierter Entwicklungshilfe schaffen möchte und sich als führender Entwicklungspartner in Position bringen will.

Pakistans internationale Beziehungen verschieben sich unterdessen in die entgegengesetzte Richtung. Das Land hatte sich in der Zeit des Kalten Kriegs auf Seiten des Westens positioniert und wird seit 2002 von den USA als "wichtiger Verbündeter außerhalb der NATO" geführt. Doch die Beziehungen der beiden Länder verschlechterten sich in den vergangenen Jahren deutlich – insbesondere nach dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan. Die anschließende Machtübernahme der Taliban kommentierte der damalige Regierungschef Imran Khan mit den Worten, Afghanistan habe "die Ketten der Sklaverei gesprengt". 2022 bezeichnete US-Präsident Joe Biden Pakistan als "eine der gefährlichsten Nationen der Welt".

Eine Einladung der USA an Pakistan zur Teilnahme an dem "Summit for Democracy" lehnte das Land im vergangenen Jahr ab – Beobachtern zufolge aus Protest gegen den Ausschluss Chinas von der Veranstaltung. An dem kurz zuvor in Peking abgehaltenen "International Forum on Democracy" nahm die Regierung in Islamabad hingegen teil. Trotz der zunehmenden Nähe zu China will das Land aber weiterhin eine Balance in seinen internationalen Beziehungen aufrechterhalten. Der aktuelle Regierungschef Shehbaz Sharif sagte im März zu Beginn seiner aktuellen Amtszeit, sein Land werde sich keiner Großmacht anschließen. Pakistan ist auf die Unterstützung der USA unter anderem bei der Vergabe von Hilfspaketen des Internationalen Währungsfonds angewiesen.

Auch Indien geht trotz seiner diplomatischen Neuausrichtung nicht komplett auf Distanz zu China. Ungeachtet der Spannungen mit Blick auf den Grenzkonflikt und der Sorgen vor Chinas wachsendem Einfluss im Indopazifik kooperieren die beiden Länder unter anderem im Rahmen im Rahmen des Staatenzusammenschlusses BRICS und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO). Im Zentrum stehen dabei gemeinsame Interessen der beiden Länder mit Blick auf die Neugestaltung der Weltordnung. Sowohl China als auch Indien teilen die Ansicht, dass internationale Organisationen zu sehr vom Westen dominiert sind und wünschen sich stärkere Mitspracherechte für die Schwellen- und Entwicklungsländer des Globalen Südens.

Indien stimmte dabei im vergangenen Jahr Chinas Wunsch zu, die BRICS-Gruppe, die neben Indien und China auch Brasilien, Russland und Südafrika umfasst, um sechs weitere Mitglieder zu erweitern – im Versuch, der Organisation stärkeres internationales Gewicht zu geben. Indien stemmt sich Beobachtern zufolge aber dagegen, die BRICS als anti-westlichen Block zu positionieren. Unterdessen gibt es auch in anderen Staaten der Region Interesse, innerhalb der BRICS stärker mit China zusammenzuarbeiten: Sowohl Pakistan als auch Bangladesch haben sich um eine Mitgliedschaft beworben.

Auf Interesse in der Region stößt auch die von Chinas Präsident Xi Jinping 2021 ins Leben gerufene Global Development Initiative, die den Ländern des Globalen Südens bei der Armutsbekämpfung und Nahrungsmittelsicherheit helfen soll. Länder wie Sri Lanka zeigten sich erfreut über die Initiative, mit der China ein Gegenmodell zu westlich finanzierter Entwicklungshilfe schaffen möchte und sich als führender Entwicklungspartner in Position bringen will.

Auf Zuspruch stößt China in der Region auch durch seine Haltung, sich in innere Angelegenheiten seiner Partnerländer nicht einzumischen – im Gegensatz zu westlichen Partnern, die problematische Entwicklungen oftmals öffentlich kritisieren. Mit Blick auf die Parlamentswahl in Bangladesch zu Beginn des Jahres beklagte etwa die US-Regierung, die Festnahme Tausender Oppositioneller und Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung seien besorgniserregend[1]. Regierungschefin Sheikh Hasina wies die US-Kritik zurück. China stieß hingegen auf Lob ihrer Regierung. Informationsminister Hasan Mahmud sagte: "China ist ein Entwicklungspartner Bangladeschs. Sie haben sich nie in die Politik Bangladeschs eingemischt und wollen dies auch in Zukunft nicht tun."

Auch in Afghanistan erhofft sich die Taliban-Regierung, die in dem Land 2021 die Macht übernahm, auf bessere Zusammenarbeit mit China als mit westlichen Staaten, die gegen das Taliban-Regime mit Sanktionen vorgehen. Offiziell anerkannt hat China die Taliban-Regierung zwar nicht, pflegt aber intensive Kontakte mit den Machthabern in Kabul. Im Gegensatz zu westlichen Staaten ließ die Volksrepublik ihre diplomatische Vertretung auch nach dem Machtwechsel in Kabul geöffnet. Gleichzeitig scheinen Chinas Diplomaten die Taliban zu normalisieren. Chinas Außenministerium teilte zwei Jahre nach der Machtübernahme der radikalen Islamisten mit, dass der politische Übergang in dem Land stabil verlaufen sei und Afghanistans Zukunft "wieder in den Händen seines Volkes" liege.

Doch auch die Taliban vermeiden eine eindeutige Festlegung in ihrer Außenpolitik auf China und bemühen sich weiter um eine Verbesserung der Kontakte zu den USA. Im vergangenen August kam es zu den ersten offiziellen Gesprächen zwischen Vertretern der US-Regierung und des Taliban-Regimes in Katar. Laut dem afghanischen Außenministerium standen Gespräche über "vertrauensbildende Maßnahmen" auf der Agenda. Trotz ihres langjährigen Konflikts mit den USA suchen die Taliban die Nähe zu Washington – und erhoffen sich dadurch unter anderem ein Ende der Isolation in internationalen Organisationen und eine Freigabe eingefrorener Zentralbankgelder. Wie beim Nachbarn Pakistan ist ein kompletter Abbruch der Beziehungen zu den USA auch in Afghanistan keine wünschenswerte Option.

Auch auf den Malediven scheint die Annäherung des Landes an China und Präsident Muizzu zunächst keine negativen Auswirkungen auf das Verhältnis zu den USA zu haben. Samantha Power, Leiterin der US-Behörde für internationale Entwicklung, nahm an Muizzus Amtseinführung teil und setzte damit die Intensivierung der US-Kontakte zu dem Land fort. Im vergangenen Jahr eröffneten beide Staaten Botschaften in dem jeweils anderen Land.

Die Staaten Südasiens teilen damit trotz ungleicher Voraussetzungen und zum Teil großer Unterschiede im Näheverhältnis zu China das Bedürfnis, sich im Wettstreit der Großmächte nicht einseitig zu positionieren – aus Sorge vor Nachteilen für ihre wirtschaftliche Entwicklung, internationale Stellung und Möglichkeiten, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben. Das trifft ebenso auf Länder wie Indien zu, die China vorwiegend als Rivalen begreifen, als auch für Staaten,

die wirtschaftliche Kooperation mit China in erster Linie als Chance sehen. Angesichts des international zunehmenden Wettbewerbs zwischen den USA und China steht Südasien damit vor einem schwierigen Drahtseilakt, der durch wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten nur noch weiter verschärft wird.

Weiterführende Links

- <https://english.news.cn/20230817/3459f59b9a514ef1aabe04b07af33298/c.html>
 - <https://indianexpress.com/article/world/china-restructuring-loans-maldives-president-muizzu-9108270/>
 - <https://news.usni.org/2022/11/29/pentagon-chinese-navy-to-expand-to-400-ships-by-2025-growth-focused-on-surface-combatants>
- <https://www.state.gov/parliamentary-elections-in-bangladesh/>

Über den Autor



Dr. Carsten Klein

ist Regional Büroleiter für Südasien bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Neu Delhi.

Über die Region

Südasien

Seit Ihrer Gründung 1958 hat sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit der Förderung liberaler Werte verschrieben. In Südasien ist die Stiftungen mit eigenen Büros in Indien, Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka vertreten und ist darüber hinaus aktiv in weiteren Ländern der Region. Zusammen mit Partnern arbeiten wir in Projekten zu den Themen Wirtschaftliche Freiheit, Gute Regierungsführung insbesondere auf kommunaler Ebene, Menschenrechte und Digitale Transformation.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

